

„Fischbiologische und morphologische Durchgängigkeit von Fließgewässern“

Deutscher Naturschutztag 11. September 2014

Sebastian Schönauer

Sprecher AK Wasser, Mitglied Wissenschaftlichen Beirat des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) / Deutscher Naturschutzring e.V. – Präsidium -

„In Zeiten vielfältiger Landnutzungsänderungen sowie technologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen“ sind tatsächlich alle Bereiche der Politik gefordert, um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen – Boden, Wasser und Luft - zu gewährleisten. Internationale Vereinbarungen und Gesetzgebungen auf supranationaler, wie nationaler Ebene bilden den Rahmen, um unsere Landschaften und unsere Gewässer vor weiterer Zerstörung zu bewahren, „den Naturhaushalt (BNatsch § 2 ff.) ... so zu sichern, dass die den Standort prägenden biologischen Funktionen, Stoff- und Energieflüsse sowie landschaftlichen Strukturen erhalten, entwickelt oder wiederhergestellt werden. Naturgüter sind sparsam und schonend zu nutzen und insbesondere die Böden so zu erhalten, dass sie ihre Funktionen im Naturhaushalt erfüllen können“.

Nicht nur der „klassische“ Naturschutz ist gefordert, sondern alle Politikbereiche von Abfallwirtschaft über Landwirtschaft bis hin zur Verkehrspolitik müssen zur Erreichung dieser Ziele verbindlich eingebunden werden. Der Gewässerschutz ist dabei als integraler Bestandteil des Naturschutzes (an)zu erkennen, dessen Ziel *„natürliche und naturnahe Gewässer sowie deren Uferzonen und natürliche Rückhalteflächen zu erhalten, zu entwickeln und wiederherzustellen (sind)“.*

Der dezidierte Schutz unserer Gewässer, Grundwasser wie Fließgewässer ist also nicht erst seit Inkrafttreten der europäischen Wasserrahmenrichtlinie – WRRL – gesetzlich vorgegeben.

Vorrangiges Umweltziel der Wasserrahmen-Richtlinie ist es dabei, bis zum Jahre 2015 einen „guten Zustand“ für alle Gewässer zu erreichen. Die WRRL gibt dabei in ihren Allgemeinen Zielen (Art. 1, Absatz a) den Schutz und Verbesserung des Zustands der aquatischen Ökosysteme, sowie der direkt von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete im Hinblick auf deren Wasserhaushalt an, Grundlage dafür ist insbesondere das Verbot einer weiteren Verschlechterung.

Die international beschlossene „Strategie zur biologischen Vielfalt“ kann nur umgesetzt werden, wenn dabei der Gewässerschutz als integraler Bestandteil des Naturschutzes anerkannt und umgesetzt wird. Die fischbiologische, wie morphologische Durchgängigkeit unserer Fließgewässer, die sich insbesondere seit 70 Jahren gerade durch den Bau von immer mehr Stauwehre, Turbinen betriebene Wasserkraftanlagen und Staustufen für die Binnenschifffahrt wesentlich verschlechtert, ja fast gänzlich zum Erliegen gekommen ist, wird trotz eindeutiger Vorgaben im Wasserhaushaltsgesetz des Bundes – WHG - , wie auch der EU – WRRL aus der politischen Agenda meist ausgeblendet. Es gilt nun die zu Staustufenlandschaften degradierten, Bäche, Flüsse und Ströme für Fische und andere Wirbellose wieder durchgängig zu machen und das unterbrochene Kontinuum unserer Fließgewässer z.B. durch fischbiologisch, wie morphologisch wirksame Umgehungsgewässer (wieder) herzustellen. Nur so kann auf Dauer die geforderte Durchgängigkeit garantiert und die insbesondere auch für die Landschaft und den Naturhaushalt zerstörerische Tiefenerosion gestoppt werden.

Die erste Periode der Umsetzung der WRRL geht 2015 ohne groß erkennbare Erfolge zu Ende. Nun müssen die in der WRRL verbindlich vorgesehenen „ergänzenden Maßnahmen“, wie der Bau von Umgehungsgewässern, von Fischauflauf- und Fischabstiegsanlagen mit ausreichend dotiertem „Restwasser“ als Maßnahmenprogramme eingestellt, der europäischen Kommission zur Überprüfung übersandt und vor Ort umgesetzt werden. Erste (politisch zu beschließende) Maßnahme muss in Befolgung des „Verschlechterungsverbots der WRRL“ der Stopp weiterer, ökologisch verheerender, wie ökonomisch unsinniger „Ausbaumaßnahmen“ an unseren Flüssen sein.

Erfolgversprechende „ergänzende Maßnahmen“ sollten u.a. die seit Jahrzehnten diskutierte Aufweitung des „Flussschläuchs“, die (Wieder-) Anbindung von „Altarmen“, integriert in die Renaturierung der noch vorhandenen, bzw. die Wiederanbindung der bis zu 90 % „verlorenen“ Flussauen sein, die nur mit der lange diskutierten („Unsere Flüsse brauchen (wieder) mehr Raum!“) Rückverlegung von Flussdeichen erreicht werden kann. Die damit verbundene Schaffung von großflächigen Hochwasserrückhalteräumen zeigt dabei auf, dass der ökologischer Hochwasserschutz als Bestandteil eines konsequenten Gewässerschutzes, nicht dem Schutz der Natur, sondern auch der Menschen dient und gleichzeitig unserer Gesellschaft nach den immer stärker werdenden und häufiger auftretenden Hochwasserkatastrophen viel Leid und den Steuerzahler*innen Milliarden Euro an Schadensregulierungskosten erspart. U.a. ließen sich damit auch die Maßnahmen zur Umsetzung der „fischbiologischen und morphologischen Durchgängigkeit unserer Fließgewässer“ finanzieren.